

Wechsel in der Unternehmensführung

Wirtschaft: Multivac Marking & Inspection organisiert sich neu. Volker Gerloff ausgeschieden

■ Enger (nw). Das Unternehmen Multivac Marking & Inspection gehört nach eigenen Angaben zu den führenden Herstellern innovativer Kennzeichnungs- und Inspektionslösungen. Seit 1993 ist das Engeraner Unternehmen Teil der Multivac-Gruppe. Im Zuge einer strategischen Neuausrichtung erfolgte nach Angaben des Unternehmens im Januar ein personeller Wechsel in der Geschäftsleitung. Volker Gerloff sei aus der Geschäftsführung ausgeschieden; das operative Geschäft werde von Hendrik Frank (Technik), Karsten Strothmann (Vertrieb) sowie Julia Timpe (Administration) übernommen.

Neues Führungstrio

Das neue Führungstrio verfüge über eine langjährige Erfahrung bei Multivac Marking & Inspection und werde sicherstellen, „dass das Unternehmen auch weiterhin erfolgreich im Markt agieren und die Neuausrichtung in allen Bereichen gelingen wird“.

„Herr Gerloff hat mit seinem Wirken während der letzten 25 Jahre maßgeblich zur Entwicklung und Integration des Unternehmens in die Multivac-Unternehmensgruppe beigetragen“, erklärt Guido Spix, Geschäftsführender Di-

rektor und CTO/COO der Multivac Sepp Haggenmüller SE & Co. KG. So sei der Ausbau des Portfolios seit dem Wechsel zur Multivac-Unternehmensgruppe unter der Leitung von Gerloff konsequent vorangetrieben worden, teilt das Unternehmen mit. Das Spektrum reiche aktuell von Querbahn-, Transportband- und Gliederbandetikettierern bis zu Kartonetikettierern und Foliendirektdruckern. Inspektionssysteme wie Kontrollwagen, Metalldetektoren und Röntgeninspektionsgeräte ergänzen das Angebot.

Erst im Dezember 2018 wurde am Standort Enger ein neues Produktions- und Bürogebäude bezogen. Mit dem Neubau hat sich die Betriebsfläche auf 7.400 Quadratmeter vergrößert – eine Maßnahme, die aufgrund des starken Wachstums notwendig geworden war. Das Unternehmen zählt mittlerweile 200 Mitarbeiter und musste nach eigenen Angaben insbesondere die Produktionskapazitäten im Bereich Transportbandetikettierer und Inspektionssysteme maßgeblich ausbauen. Parallel wurden derzeit die gesamten Prozessabläufe in der Warenannahme und im Lager, in der Fertigung und in den Montageabteilungen, in der Abnahme und auch im Versand weiter optimiert.

SPD Enger: „Paragraf 219a sofort abschaffen“

Forderung an die Bundestagsfraktion: Information für Frauen in einer Notlage notwendig

■ Enger (nw). Der SPD-Ortsverein Enger fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, eine Abstimmung im Bundestag zu erwirken, um den Paragraf 219a abzuschaffen. „Sie müssen das Urteil tragen wie einen Ehrenkitt in einem Kampf für ein besseres Gesetz“, habe sogar der Richter Johannes Nink im Oktober 2018 verkündet, als er das Urteil gegen die Frau-ärztin Kristina Hänel bestätigte. Das teilte die Engeraner SPD mit.

Die Ärztin sei zu 6.000 Euro Strafe verurteilt worden, weil sie auf ihrer Website über Schwangerschaftsabbrüche informierte und so gegen den Paragraf 219a verstoßen habe.

Die Abschaffung des Paragrafen 219a stand anlässlich des bundesweiten Aktionstages am 26. Januar dieses Jahres auch auf der Tagesordnung der Ortsvereinsitzung der SPD Enger am 15. Januar. „Frauen, die selbstbestimmt über ihren Körper bestimmen möchten, werden in eine schwierige Situation gedrängt und erfahren nicht die wichtige Unterstüt-

zung, die sie eigentlich brauchen.“

„Ferner passt dieser Paragraf auch nicht mehr in die heutige Zeit“, sagt die stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Sarah Karczewski. Ein Schwangerschaftsabbruch sei eine medizinische Leistung für Frauen in einer Notlage.

Darüber müssten Ärzte sachlich informieren können, ohne sich einer Strafverfolgung auszusetzen. Für ungewollt schwangere Frauen müsse es die Möglichkeit geben, sich umfassend zu informieren, welche Ärzte diese Leistung vornehmen. So lautete die einstimmige Meinung des Ortsvereins.

Damit die Wichtigkeit dieses Themas gezeigt werde, haben die Politiker beschlossen, die Forderung der NRW-SPD zu unterstützen und die SPD-Bundestagsfraktion aufzufordern, eine Abstimmung im Bundestag zu erwirken, die Entscheidung für eine Gesetzesentscheidung freigibt und so den Paragraf 219a abzuschaffen.



Wollen erinnern: Leon (v. l.), Lehrerin Daniela Deiß, Richard, Rebecca, Eray, Otto, Jason, Jennifer, Anna-Maria, Lehrerin Ulrike Lücke und Florian vor der Ausstellung, die der neunten Jahrgang zusammengestellt hat.

FOTO: MAREIKE PATOCK

Erinnerung an eine dunkle Zeit

Projekt zum 27. Januar: Mit einer kleinen Ausstellung gedenkt der neunte Jahrgang der Spenger Regenbogen-Gesamtschule der Opfer des Nationalsozialismus

Von Mareike Patock

■ Spenge. Sechs Millionen Juden wurden von den Nationalsozialisten grausam ermordet. Opfer der Nazis wurden auch Sinti, Roma, politisch Andersdenkende oder Homosexuelle. Am 27. Januar – dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau – wird seit 1996 alljährl. Menschen gedacht, die von den Nazis getötet wurden.

Anlässlich des Gedenktages haben die Neuntklässler der Spenger Regenbogen-Gesamtschule eine kleine Ausstellung im Foyer der Schule zusammengestellt, mit der sie an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern wollen.

Im Religions- und Gesellschaftslehre-Unterricht des neunten Jahrgangs steht das Thema derzeit auf dem Lehrplan. „Ich finde es wichtig, sich damit zu beschäftigen“, sagt der 15-jährige Otto.

Auch seine Mitschüler sehen das so. Bevor sie das Thema im Unterricht gehabt hätten, habe sie ihren Eltern und Großeltern schon Fragen dazu gestellt, sagt die 16-jährige

Rebecca.

Das Interesse der Schüler am Thema Nationalsozialismus sei groß und auch die Bereitschaft, die Plakate für die Ausstellung zu gestalten, sei hoch gewesen, ergänzte Lehrerin Ulrike Lücke, die das Projekt gemeinsam mit ihren Kollegen Daniela Deiß und Mark Trautmann betreut hat.

In der Ausstellung informieren die Schüler über den Gedenktag am 27. Januar, über den Rassenwahn der Nazis, aber zum Beispiel auch über Franziska Spiegel.

Die jüdische Frau, die mit

ihrem Mann und ihrem Sohn in Bünde-Werfen lebte, wurde 1944 in Hücker-Aschen von den Nazis ermordet. Ein Gedenkstein am Franziska-Spiegel-Weg, für den die Regenbogen-Gesamtschule die Partnerschaft übernommen hat, erinnert noch heute an die grausame Tat.

Im Vorfeld der Ausstellung hatten Lehrerin Daniela Deiß und ihre Schüler auch Interviews zum Thema Nationalsozialismus draußen auf der Straße gemacht.

Unter anderem hatten sie die Bürger gefragt, ob ihnen der

Name Franziska Spiegel etwas sagt. Deiß fasst zusammen: „Erstaulich viele Spenger kannten den Namen – das war für mich ein verblüffendes Ergebnis.“

Eine weitere Frage, die die Schüler den Bürgern stellten: „Glauben Sie, dass so etwas noch einmal passieren könnte?“ Das Ergebnis: Viele Bürger hegten bei der aktuellen politischen Entwicklung entsprechende Befürchtungen.

Die Ausstellung wird noch bis kommenden Dienstag im Foyer der Gesamtschule zu sehen sein.

Schwartz: Brexit wirkt sich auch auf Arbeitsplätze im Kreis aus

Politisches Frühstück: Die Arbeitsgemeinschaft 60+ im Kreis Herford diskutierte mit Gastredner Stefan Schwartz in der Gaststätte Erdbrügger über Europa, den Brexit und wie die SPD Menschen mit geringem Einkommen unterstützen will

Von Anne Neul

■ Enger/Spenge/Bünde. Eines wurde deutlich beim politischen Frühstück der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60+ im Kreis Herford: Viele Genossen sorgen sich um die Zukunft Europas, wie sich die Beziehungen zwischen den Staaten entwickeln werden.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwartz berichtete den etwa 70 anwesenden Genossen von seiner Arbeit in Berlin. „Die Gesetzgebung läuft wie ein frisch-geölter Motor“, lobte Schwartz. Zum 1. Januar seien viele neue Gesetze in Kraft getreten.

DIE RENTE

Im vergangenen Jahr habe die SPD-Bundestagsfraktion die ersten wichtigen Weichenstellungen zur Rente auf den Weg gebracht, damit das Rentenniveau nicht weiter absinke. Langfristig habe die SPD zum Ziel, dass das Rentenniveau auch wieder steige.

In diesem Jahr stehe die solidarische Grundrente an für Menschen, die nicht immer gut einzahlen konnten in ihre Altersvorsorge. Die solidarische Grundrente solle zehn Prozent über der Grundsicherung vor Ort liegen.

GEGEN KINDERARMUT

Schwartz ist Mitglied des Familienausschusses des Bundestages und berichtete auch von dieser Arbeit: Der Ausschuss

habe das Starke-Familien-Gesetz vorgelegt, welches das Bundeskabinett Anfang Januar beschlossen hat. Es soll Kinderarmut in Deutschland lindern und unterstützt Familien mit Kindern, die wenig Geld haben.

Das Mittagessen in Kitas und Schulen sei für diese Familien kostenlos, sagte Schwartz, ebenso das Schülerticket für den ÖPNV. Das Geld für das Schulstartpaket für Ranzan usw. hätte sich von 100 auf 150 Euro erhöht.

Auch den Zuschuss, um an Vereinen teilnehmen zu können, hätten sie aufgestockt. Nachhilfe könnten die Kinder von Geringverdienern in Zukunft nicht nur dann neh-

men, wenn ihre Versetzung gefährdet sei, sondern auch, um einen besseren Schulabschluss zu erreichen.

Die harten Grenzen, ab wann Eltern den Kinderzuschlag bekommen, würden abgeschafft. Dadurch seien statt bisher 800.000 zwei Millionen Eltern antragsberechtigt, darunter 500.000 Alleinerziehende. Die SPD wolle die Kinderarmut in Deutschland weiter bekämpfen.

MINDESTLOHN UND HARTZ-IV

Auch der Mindestlohn sei mit aktuell 9,19 Euro zu niedrig. Zwölf Euro halte er für realistisch, sagte Schwartz. Die müssten kommen. Aktuell be-

schäftigen sich die Parteien damit, wie man Hartz-IV umbauen könnte. „Menschen, die lange gearbeitet haben, dürfen wir nicht abrutschen lassen“, sagte Schwartz. Sie sollten mehr bekommen als Menschen, die kaum etwas eingezahlt hätten.

DIE AFD

Die grundlegende Stimmung und die Art der Zusammenarbeit in Berlin habe sich komplett gewandelt. Ein Mitspieler im Parlament halte sich nicht an die Spielregeln und nutze die Demokratie, um die Demokratie zu bekämpfen. Das sei anstrengend und schwer zu ertragen. „Es ist nicht einfach, wenn Sachargumente

keine Rolle spielen.“

BREXIT

Entweder sei der britischen Regierung der Ernst der Lage nicht klar, oder sie erwarte, dass die EU ein neues Abkommen schließe, oder sie rechne damit, dass die britischen Parlamentarier einknickten. „Das ist ein gefährliches Spiel, das die britische Regierung da spielt.“ Schwartz sprach sich für Neuwahlen in Großbritannien oder ein neues Referendum aus. Viele Firmen aus dem Kreis Herford exportierten nach Großbritannien, deshalb wirke sich ein Brexit auch auf die Arbeitsplätze und damit auf die Menschen im Kreis Herford aus.



Sind sich einig: Mitglieder des Engeraner SPD-Ortsvereins sprechen sich gegen den Paragraf 219a aus.

FOTO: SPD ENGER



Gast: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwartz (Mitte) beim politischen Frühstück der AG 60+ im Kreis Herford mit dem Vorsitzenden Helmut Ebeling (l.) und Peter Weck (Stellv.).

FOTO: ANNE NEUL